

Noam Chomsky warnt vor Propaganda

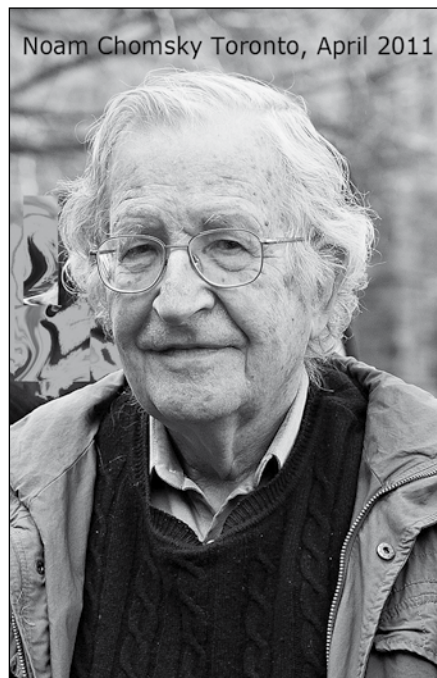
Martin Ulrich

Unsere westlichen Staaten dirigieren die „Demokratie“, unterdrücken uns im Namen der „Freiheit“ und reiten Attacken im Namen des „Friedens“. Aber sie haben die Rechnung ohne Noam Chomsky gemacht..

Avram Noam Chomsky, (1928), Linguistik-Professor am MIT, verbindet sein Fach - die Linguistik - mit Kognitionswissenschaften und Informatik. Ein Meilenstein: Via Chomskys Metasprache wurde es möglich, Sprachen rekursiv aufzuschlüsseln.

Die sprachliche Schärfe seines Blicks, in Verbindung mit seinem noch schärferen Verstand, erlaubt es ihm, das ganze Weltgeschehen zu durchleuchten. Er ist seit dem Vietnamkrieg als unbestechlicher Kritiker der US-Außen- und Wirtschaftspolitik bekannt, und bezeichnet

sich als libertären Sozialisten mit anarchosyndikalistischen Sympathien. Seine anarchistische Überzeugung bildete sich schon in den 1940er Jahren heraus, als



er die anarchistischen Experimente des Spanischen Bürgerkriegs analysierte. Er denkt, dass es keine Avantgarde, keine Diktatur des Proletariats brauche, sondern, dass Menschen ihr Schicksal selber

gestalten sollen, um frei zu werden.

Chomskys Vorträge werden nicht nur als Bücher in diverse Sprachen übersetzt, sondern erscheinen auch als CDs, z.B. bei Alternative Tentacles, dem von Jello Biafra (Musiker bei Dead Kennedys, politischer Aktivist) gegründeten Plattenverlag. Chomskys Buch „Hegemony or Survival: America's Quest for Global Dominance“ wurde von Hugo Chavez vor der UNO-Versammlung empfohlen. „Norman Chomsky“ wurde ausserdem einmal von Ali G (Sacha Baron Cohen) interviewt.

Anfang 1980er kam es zu einer Kontroverse, weil Chomsky eine Petition für die Redefreiheit eines Holocaustleugners unterzeichnet hatte. Gerade in Fällen abscheulicher Gedanken müsse man sich am stärksten für das Recht zu deren freien Äusserung einsetzen. „Es ist einfach, die Redefreiheit für jemanden zu verteidigen, der keine solche Verteidigung benötigt“.

Was ist Terrorismus?

Wie definieren die Personen, die dem Terrorismus den Krieg erklärt haben, was Terrorismus ist?

Eine solche Bestimmung findet sich in US-Gesetzen und -Armeehandbüchern. Sie ist sehr kurz. Terrorismus sei, so heisst es dort, die »kalkulierte Anwen-

Kognitionswissenschaft ist die interdisziplinäre wissenschaftliche Plattform zum Verständnis von geistigen Prozessen. Gegenstand der Kognitionswissenschaft sind die zwischen Sensorik und Motorik vermittelnden, bewussten oder unbewussten Prozesse, wie Denken, Gedächtnis, Lernen oder Sprache. Die Kognitionswissenschaft ist das Ergebnis interdisziplinärer Bemühungen zwischen Psychologie, Neurowissenschaft, Informatik/künstlicher Intelligenz, Linguistik und Philosophie, aber auch Anthropologie und Soziologie.

Wikipedia.org



dung oder Androhung von Gewalt ... um durch Einschüchterung, Zwang oder Furchteinflössung Ziele zu erreichen, die ihrem Wesen nach politisch, religiös oder ideologisch sind«.

Diese Definition klingt anfangs einleuchtend, ist aber unbrauchbar. Denn es ist weltweit üblich, Terror als Gegenterror auszugeben. Die wirkliche Definition, aus amerikanischer Sicht, scheint eher zu sein: „Terrorismus ist, was andere gegen uns - wer auch immer wir sein mögen - ausüben. Terrorismus ist was man uns antut. Wenn wir anderen noch Schlimmeres antun, ist das kein Terrorismus!“

Diese Definition ist sowohl den Regierungen als auch der Presse sehr geläufig...

G.W. Bush verkündete einen lehrbuchmässigen Terror: „Wir werden euch solange bombardieren, bis ihr die von uns gesuchten Personen ausliefert!“ Die Taliban fragten nach Beweisen - was ebenso verachtungsvoll abgelehnt wurde wie die Auslieferungsangebote - die man gar nicht erst prüfte. Der Sturz des Talibanregimes als Kriegsziel wurde erst einige Wochen nach Beginn der Bombardements lanciert. Damit die Intellektuellen die Gerechtigkeit dieses Kriegs preisen konnten.

„Die Bürger demokratischer Gesellschaften sollten Kurse für geistige Selbstverteidigung besuchen, um sich gegen Manipulation und Kontrolle wehren zu können.“

Die Rechtfertigung für den Golfkrieg: Aggressoren dürften nicht belohnt werden, sondern müssten durch den schnellen Einsatz von Gewalt in die Schranken gewiesen werden.

Aber haben die USA damals ihrem eigenen Angriff auf Panama Widerstand geleistet und Washington bombardiert? Haben sie gegen die südafrikanische Besetzung Namibias Kapstadt bombardiert? Nein, man verlegte sich auf „stille

Demokratie“, während Südafrika allein während den Regierungen Bush und Reagan ca. 1,5 Millionen Menschen ermordete. In diesem Fall haben die USA die Aggressoren sogar noch belohnt, z.B. mit einem grossen Hafen in Namibia.

Mitte Januar, bevor die ersten Bomben fielen, förderte eine vom Sender ABC und der Washington Post durchgeführte Umfrage etwas Interessantes zutage: Die Leute wurden gefragt, ob sie es begrüssen würden, wenn der Irak sich unter der Bedingung aus Kuwait zurückzöge, dass der UN-Sicherheitsrat sich des israelisch-palästinensischen Konflikts annehme. Zwei Drittel der Befragten waren dafür. Was die Leute nicht wussten: Dass der Irak ein solches Angebot tatsächlich gemacht hatte.

Falken und Kriegstauben

Der Krieg gegen den Terrorismus wurde nicht erst am 11. September 2001, sondern bereits zwanzig Jahre zuvor erklärt - unter Verwendung vergleichbarer Rhetorik. Reagan kündete, kaum im Amt, bereits an, dass ein solcher Krieg zu den zentralen Aufgaben gehöre. Hauptangriffsziel sollte der staatlich unterstützte internationale Terrorismus sein. In der islamischen Welt und damals auch Mittelamerika. Er galt als „Pest“, die von „Gegnern der Zivilisation“ verbreitet wurde, um uns von der Moderne in die „Barbarei“ zurückzuführen.

Die Medien stritten nicht, ob das Säbelrasseln der Regierung generell richtig sei - das setzten sie stillschweigend voraus. Es ging ihnen lediglich noch um taktische Fragen, die übliche Diskussion zwischen Tauben und Falken: Hardliner forderten, man solle weiterhin Latinofaschisten Militärhilfe gewähren, „egal, wie viele Leute ermordet werden“, weil Amerika „höhere Zielsetzungen hat als die Wahrung der Menschenrechte in El Salvador“.

Gemässigte hingegen meinten, man müsse stattdessen Nicaragua - „das hauptsächlichliche Krebsgeschwür“ - auf andere Weise den „mittelamerikanischen Verhältnissen“ anpassen.

(Diese Verhältnisse haben ihr Vorbild in den Terrorstaaten Guatemala und El Salvador, wo es Massaker, Folterungen und Zerstörung zuhauf gab - und so sollte es auch in Nicaragua wieder zugehen.)

Die Kommentare und Leitartikel in der US-amerikanischen Presse vertraten zu etwa gleichen Teilen immer die Position der Falken oder Tauben. Es gab Ausnah-



men, die jedoch statistische Randscheinungen blieben.

Heuchler

Laut Neuem Testament ist jemand ein Heuchler, der einem anderen andere Massstäbe anlegt als sich selbst. Im Mainstream kennt man diese moralische Binsenweisheit auch, fasst sie aber als gefährliche Ketzerei auf. Damit ihr niemand verfällt, führt man gegen die gefährliche neutestamentliche Moral Totschlagbegriffe ins Feld: Des „moralischen Relativismus“ wird bezichtigt, wer fordert, dass mit gleichen Ellen gemessen wird. Man bezichtigt die Verfechter dieses „moralischen Relativismus“ des „Anti-Amerikanismus“. Das ist ein interessanter Begriff, der vorwiegend in totalitären Staaten verwendet wurde.

(In der NS-Propaganda z.B. wurde der innenpolitische Gegner als „undeutsch“ diffamiert.)

Gemäss der offiziellen, allgemein akzeptierten Lehre sind die USA dazu berechtigt, einen Terrorkrieg gegen die Afghanen zu führen...

Demzufolge müssten alle, die keine Heuchler im Sinne der Evangelien sind, den Schluss ziehen, dass Haiti das Recht zu umfangreichen terroristischen Massnahmen gegen die USA besitzt, solange diese nicht den Mörder Emmanuel Constant ausliefern.

(Er führte jene Terrorgruppen an, die für den Tod von vier- bis fünftausend Haitianern verantwortlich sind, und stand auf der Gehaltsliste der CIA.)

Bald nach dem 11. September 2001 schlossen sich alle möglichen Terrorstaaten eifrig der Koalition gegen den „Terrorismus“ an. Die Gründe hierfür sind nicht schwer zu finden: Die Russen

waren begeistert, weil sie sich von den USA Unterstützung gegen Tschetschenien erhofften. Und die Türkei bot als erstes Land die Entsendung von Truppen an, denn man war immer noch für die Waffen dankbar.

(Zur Zeit Clintons und der ethnischen Säuberungsaktionen gegen die Kurden kamen 80 % der türkischen Waffen aus den USA).

Instrumentalisierung Andersdenkender

Wenn man sich die Irak-/Golfkriegs-Berichterstattung seit 1990 ansieht, fällt auf, dass wichtige Stimmen fehlen: die mutige und keineswegs geringe Opposition gegen Hussein: Zumeist Ausland-Iraker, Akademiker usw. Als diese Leute 1989, als Saddam noch Bushs bester Freund war, Washington um Unterstützung zur Durchsetzung einer parlamentarischen Demokratie im Irak baten, stiessen sie auf taube Ohren, und auch die Medien schwiegen darüber, dass es im Irak überhaupt so etwas wie Oppositionelle gab.

Das änderte sich als Washington die Säbel zu wetzen begann. Plötzlich stellten uns die Medien diese Oppositionellen vor: Blutrünstig und mit nur einem einzigen Traum im Kopf - Saddam zu vierteilen, hängen, köpfen. Dabei wollten diese Menschen in erster Linie dasselbe wie die US-Friedensbewegung. Sie waren gegen Hussein UND gegen Krieg. Sie wollten nicht, dass ihr Land zerstört wird. Sie wollten friedliche Lösungen, und wussten, dass dies möglich gewesen wäre.

Verdrehen, verschweigen, fälschen

Oktober 2000, gleich nach Beginn der zweiten Intifada: Israelische Helikopter greifen unbewaffnete Palästinenser mit Marschflugkörpern an, wobei Dutzende getötet und verwundet werden. Von Selbstverteidigung war nicht mal als Vorwand die Rede. Präsident Clinton reagierte sofort auf diese Gewalttaten. Schon zwei Tage später sorgte er dafür, dass Israel die umfangreichste Lieferung an Helikoptern innerhalb eines Jahrzehnts erhalten sollte. Die Presse kollaborierte, indem sie die Berichterstattung verweigerte („verweigerte“, nicht etwa „versäumte“, denn die Details waren ihr sehr wohl bekannt.)

Israel weist die Vorwürfe, gegen die Genfer Konvention zu verstossen, zurück. Den Medien zufolge „sind die Araber der Auffassung, dass die Konvention für die von Israel besetzten Gebiete gelten würde.“ Das ist nicht falsch, aber zuwenig - nicht nur die Araber sind dieser Auffassung, sondern alle anderen Nationen

ebenfalls: Das Treffen vom 5. Dezember 2001, auf dem sämtliche Mitgliedsstaaten der Europäischen Union anwesend waren, bestätigte die Gültigkeit. Die USA hatten dieses Treffen boykottiert. Berichterstattung in den USA gleich null.

Die Befürchtungen, die sandinistische Revolution könnte auf andere Länder übergreifen, verdanken sich im wesentlichen einem Betrugsmanöver des US-Aussenministeriums, das sich Formulierungen aus einer Rede von Tomás Borge Martínez zunutze machte. Borge gab in der Rede seiner Hoffnung Ausdruck, dass Nicaragua ein Beispiel sei, dem andere Länder folgen würden; er betonte, dass „wir unsere Revolution nicht exportieren“ können, sondern „nur unser Beispiel“, während „die Völker der anderen Länder ... ihre eigenen Revolutionen durchführen müssen“. In diesem Sinne „überschreitet [die nicaraguanische Revolution] nationale Grenzen“.

Das US-Aussenministerium verwandelte Borges Worte nun absichtsvoll in eine Drohung: Die „Revolution ohne Grenzen“ ziele auf militärische Eroberung. Der Ausdruck diente dem vom Aussenministerium im September 1985 herausgegebenen Weissbuch über angebliche Subversionstätigkeiten Nicaraguas als Titel, und die Fälschung verhalf Ronald Reagan dazu, 100 Millionen Dollar für die Contras vom Kongress bewilligt zu bekommen, gerade als der Weltgerichtshof die USA zur Beendigung der Aggressionshandlungen aufforderte.

Auswahl der Quellen

Sowohl in Nicaragua als auch in El Salvador kam die Bevölkerungsmehrheit - Bauern, Stadtbewohner, Arbeiter und Kaufleute - in der Berichterstattung der US-amerikanischen Presse über ihr Leben gar nicht zu Wort. Bekanntlich kann durch Auswahl der Quellen extreme Einseitigkeit hinter einer Fassade scheinbarer Objektivität verborgen werden. In der New York Times-Berichterstattung über El Salvador standen über 80 Pro-

Tomás Borge Martínez (1930-2012), nicaraguanischer Politiker und Schriftsteller. Er war unter der Regierung von Daniel Ortega Innenminister und der letzte lebende Mitgründer des Sandinistischen Partei (FSLN).

Wikipedia.org

zent der Quellen der Regierung nahe; 10 Prozent stammten von der Opposition. Im Hinblick auf Nicaragua war das Verteilungsmuster genau umgekehrt: Über zwei Drittel der ausgewählten Quellen waren regierungskritisch, weniger als 20 Prozent regierungsfreundlich...

Viele beschwichtigen: Da ist doch kein böser Wille dahinter, denn die Journalisten stützen sich ganz einfach auf die jeweils am leichtesten zugänglichen Quellen. So sind oppositionelle Quellen in Nicaragua natürlich leicht aufzutreiben, weil sie sich dort relativ offen äussern können, während Regierungskritiker in Guatemala und El Salvador von Sicherheitskräften verfolgt werden; ein durchaus wichtiger Unterschied, den die Presse verschwiegen oder gar ins Gegenteil verkehrte. Diese Theorie, dass alles an der leichteren Verfügbarkeit liegt, ist

„Ein Intellektueller zu sein ist eine Berufung für jedermann: Es bedeutet, den eigenen Verstand zu gebrauchen. Einige Leute sind mächtig genug, um den Weg an die Öffentlichkeit zu finden. Das macht sie keineswegs intellektueller als einen Taxifahrer, der zufällig über die gleichen Dinge nachdenkt und das möglicherweise klüger und weniger oberflächlich“

plausibel, aber nicht ganz wahr, denn es gibt bisweilen schon auch Kalkül bei der Quellenwahl.

Die spektakulären Erfolge der Propaganda

Die erste moderne Propagandaaktion gelang Präsident Wilson. Er bestrebte den Eintritt der USA in den 1. Weltkrieg, die Stimmung der Bevölkerung war aber friedfertig. Also musste etwas gegen die pazifistische Gesinnung unternommen werden...

Innert sechs Monaten gelang es, Kriegslust gegen die Deutschen zu schüren - unterstützt vom britischen Propagandaministerium, das damals - wie sich Geheimunterlagen entnehmen lässt - das Ziel verfolgte, „die Gedanken fast der gesamten Welt zu lenken“.

Dieser durchschlagende Propagandaerfolg führte zu weiteren Unternehmungen ähnlicher Art. Man löste z.B. den „Red Scare“ aus, eine Kommunistenpanik, die die Gewerkschaftsbewegung schwächte, sowie Presse- und Meinungsfreiheit beseitigte.

„Zu den Anführern der schändlichen sozialistischen Bewegungen“ gehörten laut Staatsanwalt Palmer „wirrköpfige und sogar geistesranke Idealisten; berufsmässige Agitatoren, die reine Egoisten sind, sowie eine grosse Anzahl potentieller oder tatsächlicher Verbrecher,

deren niedriger Charakter sie in die Arme der zügellosen und grobgestrickten Theorien und Taktiken dieser Organisationen führte. Viele haben schlaue und verschlagene Augen, die Habgier, Grausamkeit, Geisteskrankheit und Verbrechen verraten, und auch an den asymmetrischen Gesichtern, hängenden Augenbrauen und missgestalteten Zügen lässt sich der unverwechselbare Typus des Kriminellen erkennen."

Man macht uns glauben: „Vorrang hat immer das Glück derer, die das Land besitzen, denn sie kontrollieren die Investitionen“. Somit wäre es für die Obdachlosen am wichtigsten, für die Zufriedenheit derer zu sorgen, die ein Dach über dem Kopf haben.

Die Herstellung von Konsens

Beeindruckt von den Propagandaerfolgen war auch der Schriftsteller Walter Lippmann. Er meinte, dass diese „Revolution in der Kunst der Demokratie“ dazu führen könne, „Konsens herzustellen“ („manufacturing consent“): Die Öffentlichkeit auf Ereignisse einstimmen, die sie eigentlich ablehnt...

Er hielt dies für eine sehr notwendige Idee, weil, „das Interesse des Gemeinwesens sich der öffentlichen Meinung völlig entzieht“ und nur von einer „Spezialistenklasse verantwortlicher Männer“ erkannt werden kann.

Eine funktionierende Demokratie bestehe aus zwei Klassen von Bürgern: Ein kleiner Prozentsatz der Bürger sind aktiv mit den Angelegenheiten der Allgemeinheit betraut, analysieren und entscheiden.

Der Rest der Bevölkerung ist die „verwirrte Herde“, vor deren „Getrampel und Gelärm“ die Spezialisten sich schützen müssen. Die Herde spielt die Rolle von Zuschauern. Hin und wieder darf sie jedoch ihre Spezialisten wählen - denn schliesslich leben Hüter und Herde ja nicht in einem totalitären Staat, sondern immer noch in einer „Demokratie“.

Deshalb gibt es Wahlen, nach denen die Herde jedoch wieder in die Zuschauerrolle zurückfällt.

Der US-Philosoph Reinhold Niebuhr erkannte: „Wegen seiner Dummheit folgt der Durchschnittsbürger nicht der Rationalität, sondern seiner Überzeugung. Und seine naive Überzeugung benötigt *notwendige Illusionen* und *emotional wirksame Übertreibungen*."

Diese liefert der myth-maker, um den Durchschnittsmenschen auf Kurs zu halten" - Propaganda. Chomsky aber glaubt, dass ein Land keine richtige Demokratie sei, wo die Bevölkerung von

der Regelung ihrer Angelegenheiten ausgeschlossen wird.

Lenin entmachtete die selbstverwalteten einzelnen „Sovjets“ (Arbeiterräte), und fortan bestimmte nur noch die revolutionäre Avantgarde. Insofern geht diese liberal-demokratische Theorie von der selben ideologischen Voraussetzung aus wie der Marxismus-Leninismus...

Wahrscheinlich deshalb fiel es gewissen Leuten im Lauf der Jahre so erstaunlich leicht, von einer Position zur andern zu wechseln. Es geht ihnen nur darum, sich den jeweiligen Machtpositionen anzuschliessen.

Entweder wir kommen an die Macht, oder wir arbeiten ganz einfach für die, die die Macht haben. Aber das Prinzip bleibt sich gleich: Eine entmündigte,

de. Der Grossinquisitor klagt Christus mit bitteren Worten an, weil dieser den Menschen die Freiheit angeboten und sie damit zum Elend verdammt habe. Die Kirche muss diesen teuflischen Schachzug rückgängig machen, indem sie der Menschheit gibt, wessen sie wirklich bedarf: die absolute Unterordnung. Um glücklich zu werden, brauchen die Menschen keine Freiheit, sondern die Gemeinschaft der Anbetung. In der Moderne ist damit die profanisierte Religion des Staats gemeint. Obwohl explizit zugegeben wird, dass die Öffentlichkeit getäuscht werden muss, sollte man nicht glauben, dass diese Kunst bewusst betrieben wird. Nur wenige Personen erreichen die Raffinesse des Grossinquisitors. Vielmehr übernehmen die Intellektuellen bereitwillig Überzeugungen, die den ins-



dumpfe Masse wird einer Welt entgegen getrieben, die zu begreifen sie selbst unfähig ist.

Der Lehre liegt letztlich die Logik des Grossinquisitors aus Dostojewskis Roman „Die Brüder Karamasow“ zugrun-

titutionellen Bedürfnissen entsprechen.

Dass die Privilegierten schon in der Entstehungsphase der modernen demokratischen Gesellschaft daran interessiert waren, die Öffentlichkeit manipulierbar zu halten, lässt sich an Äusserungen des

Historikers Clement Walker ablesen, der sich 1661 gegen die „radikalen Demokraten“ der englischen Revolution wandte: „Sie haben alle Mysterien und Geheimnisse der Regierungskunst ... vors Volk geworfen (wie Perlen vor die Säue). Sie haben dadurch die Leute so neugierig

und hoffärtig gemacht, dass diese nicht mehr demütig genug sind, sich einer zivilen Herrschaft unterzuordnen.“ Walkers Sorgen hatten sich aber bald erledigt: Die Ordnung wurde wiederhergestellt. 1695 konnte die Zensur aufgehoben werden, weil die „Meinungsbildner sich ab jetzt selbst zensierten“ und „nichts druckten, was den Besitzenden Angst einjagen mochte“.

„Indoktrination ist keineswegs inkompatibel mit der Demokratie. Sie ist vielmehr die Essenz der Demokratie.“

rig und hoffärtig gemacht, dass diese nicht mehr demütig genug sind, sich einer zivilen Herrschaft unterzuordnen.“ Walkers Sorgen hatten sich aber bald erledigt: Die Ordnung wurde wiederhergestellt. 1695 konnte die Zensur aufgehoben werden, weil die „Meinungsbildner sich ab jetzt selbst zensierten“ und „nichts druckten, was den Besitzenden Angst einjagen mochte“.

Public Relations

Die USA waren das Pionierland der PR-Industrie. Mittlerweile gibt die PR-Industrie etwa eine Milliarde Dollar pro Jahr für ihre Aktivitäten aus, mit der Absicht, „das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu kontrollieren“.

In den 1930ern gab es Anlass genug dazu: Die Arbeiter organisierten sich, 1935 errang die Arbeiterbewegung mit dem Wagner-Gesetz ihren ersten (und letzten) Sieg in der Legislative, nämlich das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation. Damit ergaben sich aus Sicht der „Spezialisten“ ernsthafte Probleme: Das war eine „Entartung der Demokratie“, denn die „verwirrte Herde“ waren nicht länger atomisierte Individuen mit begrenzten Ressourcen, sondern konnte nun die politische Arena betreten - und

das war äusserst bedrohlich. Ab 1935 nahm die Fähigkeit der Gewerkschaften zu organisiertem Handeln aber wieder ab, und die Zahl der Mitglieder begann zu sinken. Das geschah keineswegs zufällig, denn man widmete diesem Problem sehr viel Geld und Aufmerksamkeit. Eine durchschlagende PR-Aktion gegen Gewerkschaften lief 1937

in West-Pennsylvanien, wo die Stahlarbeiter streikten. Man stellte sie als schädliche Störenfriede dar: „Die Interessen der Allgemeinheit sind „unsere“ Interessen: Die des Geschäftsmannes, der Hausfrau und des Stahlarbeiters. „Wir alle“ sind Amerikaner und wollen Harmonie. Die Stahlarbeiter aber stören diese, ergo sind sie unamerikanisch.“

Zerstreuung durch leere Argumente

Diese Methode nennt sich „Mohawk-Valley-Formel“. Es war, wie man sagte, eine „wissenschaftliche Methode“ um mit leeren Begriffen wie „Amerikanismus“ die Bevölkerung den Streikenden gegenüber unfreundlich zu stimmen.

Wer will denn schon gegen Amerika oder gegen Harmonie sein? Oder gegen die Forderung „Unterstützt unsere Truppen“?

Oder gegen gelbe Bänder, mit denen man die Heimkehrenden begrüsst?

Aber was bedeutet es denn überhaupt, wenn jemand z.B. fragt „Unterstützt ihr die Leute in Iowa?“ Wäre dann die Antwort „Ja, wir unterstützen sie,“ oder „Nein, das tun wir nicht“ möglich?

Nein, denn es ist noch nichtmal eine Fra-

ge, sondern eine bedeutungslose Äusserung.

Natürlich gibt es eine grundlegende Frage. Sie lautet: Unterstützt ihr unsere Politik? Aber gerade darüber sollen die Leute nicht nachdenken. Gute Propaganda erfindet einen Slogan, dem alle zustimmen können ohne wissen zu müssen, was er bedeutet. Weil er nämlich gar nichts bedeutet!

Das in den 1930ern erdachte Prinzip funktioniert bis heute, und die PR-Industrie setzt weiterhin auf eine Demokratie, in der die Spezialisten im Dienst der Wirtschaft stehen, während die übri- ge Bevölkerung jeder Möglichkeit, sich zu organisieren, beraubt wird. Republikaner und Demokraten sind beides nur Fraktionen der Wirtschaftspartei. Staat

„Die grössten bekannten Terrorakte gehen von Washington aus.“

und Konzerne gehen Hand in Hand. Edward Bernais, der bereits Mitglied der antideutschen Kampagne gewesen war, führte 1954 eine Kampagne für die United Fruit Company, als die USA die demokratisch gewählte Regierung Guatemalas durch Todesschwadronen ersetzen (*die heute noch von ihnen unterstützt am Ruder sitzen*), um das Entstehen einer substantiellen Demokratie zu unterbinden.

Die Medien gehören Konzernen. Gegen 50 Prozent der Amerikaner gehen nicht wählen, weil ihnen dies bedeutungslos erscheint. Die Leute sollen vor dem Fernseher sitzen und harmonisch und amerikanisch sein und sich die Botschaft einhämmern lassen, es sei am wichtigsten, dieses oder jenes Produkt zu kaufen und das Leben der reichen Mittelschichtfamilie zu führen, die auf der Mattscheibe vorgeführt wird. Manch einer mag sich denken, es müsse doch noch mehr im Leben geben, aber da er alleine vor dem Fernseher sitzt, kann er nur annehmen, verrückt zu sein, weil so etwas in den Soaps und Werbespots nicht vorkommt.

Wahlen dienen nicht mehr der Entscheidung zwischen verschiedenen Programmen, sondern nur noch der Festlegung auf eine symbolische Gestalt. Reagan z.B. hatte nur vage Vorstellungen von der Politik, die in seinem Namen betrieben wurde. Wenn sein Stab ihn nicht richtig instruierte, gab er bisweilen Äusserungen von sich, die bei denen, die sie ernstnahmen, für beträchtliche Verwirrung sorgen mussten. Acht Jahre

die zeitung für
klassenkampf
frauenkampf
kommunismus

aufbau 

theorie & praxis
5x im jahr

Jahresabonnement CHF 30.-
www.aufbau.org: "abo bestellen"
oder post an: aufbau, "abo"
postfach 8663, CH-8036 Zürich



waren die USA praktisch ohne Präsident im Sinne seines Amtes und seiner Verpflichtungen.

Wenn Sitcoms und Baseball einmal nicht mehr reichen, muss man einen Feind aufbauen. Dann gibt es wunderbare Siege, z.B. über Grenada oder Panama oder eine andere leicht zu besiegende Armee eines Drittweltlandes. Als nächstes ist vielleicht Kuba an der Reihe. Zumindes der illegale Wirtschaftskrieg gegen Kuba ist nach wie vor in vollem Gange.

Grenzen der Demokratie

Manche Organisationen wie die Kirche widersetzen sich diesem Demokratieideal. Ein grosser Teil der kritischen Opposition in den USA ist kirchlich. Wenn Chomsky bei uns in Europa spricht, so tut er das meist in gewerkschaftlichen Räumen. In Amerika hingegen häufig in kirchlichen Gebäuden, da Gewerkschaften dort inzwischen praktisch inexistent sind.

Brasilianische Bischöfe unterstützten einen Plan zur Demokratisierung der Medien. Eine diesbezügliche Untersuchung der UNESCO stiess in den USA auf Ablehnung. Man war um die „Pressefreiheit“ besorgt. Das Konzept einer Demokratisierung der Medien bleibt innerhalb eines politischen Diskurses, wie er in den USA gepflegt wird, unverstanden. Eine 1975 veröffentlichte Studie über die „Regierbarkeit von Demokratien“ kommt zum Schluss, dass die Medien zu einem bemerkenswerten Faktor nationaler Macht geworden seien. Das sei ein Aspekt „exzessiver Demokratie“.

Debatten und Diskussionen lassen sich nicht unterdrücken; vielmehr erfüllen sie in einem funktionierenden Propagandasystem ihre Aufgabe, wenn sie in angemessenen Grenzen bleiben. Solange Kontroversen die Grenzen des Denkbaren, die nicht überschritten werden dürfen, befestigen, und zugleich den Glauben an die Herrschaft der Freiheit fördern, unternimmt man nichts gegen sie.

Wenn z.B. Kontroversen über den Kalten Krieg auf die Frage eingengt werden können, wie die Eindämmung der sowjetischen Politik aussehen sollte, setzt man voraus, dass die Sowjets überhaupt eingedämmt werden müssen, d.h. dass sie aggressiv-expansiv sind, während die USA defensiv sind. In den Mainstream-Medien liess sich kaum ein hartnäckigerer USA-Kritiker finden als Tom Wicker (1926-2011, Reporter und Kolumnist): „Die Vereinigten Staaten haben kein historisches oder von Gott verliehenes Recht, anderen Nationen die



Demokratie zu bringen.“ Aber auch solche Skeptiker gehen ohne weiteres davon aus, dass es tatsächlich unser traditionelles „Verlangen nach Demokratie“ war, das unsere Politik gegenüber Nicaragua seit dem 19. Juli 1979 bestimmte (und vor diesem Datum jedoch mysteriöserweise nicht).

Die „Krise der Demokratie“

Die Konservativen sehen die Demokratie durch die Organisationsbestrebungen von Gruppen mit „Sonderinteressen“ bedroht. Dieser Ausdruck der gegenwärtigen politischen Rhetorik bezieht sich auf: Arbeiter, Farmer, Frauen, Jugendliche, Alte, Behinderte, ethnische Minderheiten - kurz: nahezu die gesamte Bevölkerung. Das „nationale Interesse“ dürfe nicht untergraben werden. Das nationale Interesse repräsentiert - so wurde stillschweigend vorausgesetzt - jener Sektor, der in der Liste der „Sonderinteressen“ nicht auftaucht: Konzerne, Finanzinstitutionen und andere Eliten der Geschäftswelt.

In den 1970ern wurde die Demokratie von einer „Krise“ geschüttelt (aus Spezialistensicht): Das „Vietnam-Syndrom“, eine „krankhafte Hemmung gegenüber der Anwendung militärischer Gewalt“. Davon war ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung befallen. Die Leute begriffen einfach nicht, warum sie andere Länder

angreifen, um dann dort zu foltern, zu töten und Bombenteppiche abzuwerfen. Es ist notwendig, wie die Washington Post vermerkte, den Leuten Respekt für „kriegerische Werte“ beizubringen. Ausserdem ist es nötig, die Geschichte zu klittern: Sich selbst beispielsweise als Opfer darstellen statt als Aggressor. Die Kennedy-Intellektuellen bezeichneten den Vietnamkrieg als Verteidigung gegen die „innere Aggression“ in Südvietnam. Wenn man die Medien kontrolliert, und das Bildungssystem seinen konformistischen Beitrag leistet, lässt sich so etwas erfolgreich vermitteln.

Die Universität von Massachusetts untersuchte die Einstellung der Bevölkerung zum Golfkrieg. Eine Frage lautete: „Wie viele Opfer hat Ihrer Schätzung nach der Vietnamkrieg bei den Vietnamesen gefordert?“

Diese Zahl wurde durchschnittlich mit 100'000 angegeben. Die offiziellen Zahlen belaufen sich auf etwa zwei Millionen, während es tatsächlich bis zu vier Millionen gewesen sein sollen...

Die Leiter dieser Untersuchung stellten die brisante Frage, was man von der politischen Kultur in Deutschland halten müsste, wenn die Deutschen überwiegend der Meinung wären, die Shoah hätte nur etwa 300'000 Juden das Leben gekostet...

Containment-Doktrin

Der „Eindämmungs“-Doktrin zugrundegelegt wird die Annahme, dass es eine stabile internationale Ordnung gibt, die von den Vereinigten Staaten verteidigt werden muss. Angesichts des ausserordentlichen Machtumfangs der USA setzte man auf die Entwicklung eines globalen, von den USA beherrschten Systems. Dieses System sollte möglichst viele Staaten und Gebiete umfassen und als „Grand Area“ den Bedürfnissen der US-Ökonomie untergeordnet werden.

Selbst wenn es ausserhalb der USA zu kriegerischen Handlungen kommt, darf sich die USA nun angegriffen fühlen, weil diese Ordnung angegriffen wird. Die Washington Post wies z.B. warnend darauf hin, dass „Nicaraguas Vordringen auf honduranisches Gebiet deutlich macht, in welcher Weise Nicaragua Honduras bedroht“. Die nicaraguanischen Streitkräfte drangen bei der Verfolgung von Invasoren der Contras einige Kilometer weit in ein Gebiet, das Honduras längst den Contras überlassen hatte.

Wenn die Gegner der Sandinisten derartige Verfolgungen zu erleiden hätten wie die Araber in Palästina, gäbe es einen markerschütternden Aufschrei. Aber Is-

rael besitzt als Vasall der USA das Recht, aggressiv zu handeln, während Nicaragua noch nicht einmal Streitkräfte verjagen darf, von denen es auf seinem eigenen Territorium angegriffen wird, weil die stillschweigende Voraussetzung lautet, dass kein Staat das Recht hat, sich gegen Angriffe der USA zu verteidigen. Diese Doktrin gilt so unwidersprochen, dass die Nachricht, Nicaragua plane den Erwerb sowjetischer MIG-Kampfflugzeuge, in den USA eine regelrechte Hysterie auslöste. Als die Reaganisten 1984 diese Information lancierten, meinten sogar „Tauben“, dass die USA Nicaragua bombardieren müssten, um die MIGs



zu zerstören, weil sie „auch gegen die Vereinigten Staaten eingesetzt werden können“.

Ein weiterer Propagandacoup glückte im Dezember 1987, als die Medien mit grossem Getöse einen sandinistischen Überläufer präsentierten, dessen erstaunlichste „Enthüllung“ in dem Hinweis bestand, Nicaragua wolle Kampfflugzeuge erwerben, um sein Territorium gegen Angriffe der USA zu verteidigen. Die Logik ist klar: Nicaragua hat kein Recht auf Selbstverteidigung. Indessen lieferten die USA zu eben dieser Zeit, am 15. Dezember 1987, F-5-Kampfflugzeuge an Honduras, was der New York Times keine Zeile wert war.

„Pressefreiheit“

Die Herausgeberin von „La Prensa“ in Nicaragua, Violeta Chamorro, erhielt einen Preis für ihren mutigen Kampf um die Meinungsfreiheit. Ihre Zeitung wurde von der CIA finanziert. Man verurteilte die Sandinisten dafür, dieses „Sprachrohr der Bevölkerung“ zum Schweigen gebracht zu haben.

Nicht erwähnenswert ist hingegen die gewaltsame Zerstörung unabhängiger Presseorgane, wenn sie in einer von den USA unterstützten „jungen Demokratie“ stattfindet: Oppositionszeitungen in El Salvador wurden gewaltsam ausgehebelt. Die Herausgeber konnten fliehen, nachdem einige Mitarbeiter ermordet und ihre Redaktionen in Brand gesetzt worden waren. Die USA zeigten sich über diese Vorgänge so besorgt, dass die New York Times darüber kein Wort verlor.

Positive Stimmen über Nicaragua sind zur Diskussion nicht zugelassen. Zu

ihnen gehören lateinamerikanische Gelehrte, deren Beiträge konsequent abgelehnt werden, oder die Entwicklungshilfe-Organisation Oxfam, die in 77 Staaten arbeitet und den sandinistischen Führern „ausserordentliche Anstrengungen“ bescheinigte, „die Lage der Bevölkerung zu verbessern“.

Wenn man die Berichte des offiziellen Zeitungsreporters liest, fragt man sich, ob er vom selben Land spricht: Er sieht einen brutalen Unterdrückerstaat, in dem „eine Partei herrscht“, die Strassen „voller Kinder mit Hungerbäuchen“ sind, wo es von Sicherheitsagenten und Soldaten nur so wimmelt.

(Ein Jahr später breitete sich in Managua und einigen ländlichen Gebieten tatsächlich Unterernährung aus: Der Terror- und Wirtschaftskrieg der USA forderte seine Opfer.)



Herbert Ernesto Anaya Sanabria
(1954-1987)

Das Propagandamodell

Noam Chomsky und Edward S. Herman (1925, US-amerikanischer Ökonom und Medienanalyst) entwickelten das „Propagandamodell“ als Instrument, systemisch bedingte Tendenzen in den Medien aufzudecken. Historisch vergleichbare Handlungen und Ereignisse werden der Freund/Feind-Logik unterworfen.

Beispiele: Keine Argumente benötigt man, um Libyen oder Iran zu verdammen, und wenn man die Sowjetunion angreift, nicken alle. Ganz anderes sieht die Lage jedoch aus, wenn man sich den (gut dokumentierten) Aggressionen der USA zuwendet. US-Minen töten heute noch in bestimmten Gegenden von Laos Kinder. Man reagierte mit der hilfreichen Empfehlung: „Die Leute sollten nicht in diesen Gebieten leben.“

Die USA haben sich sogar geweigert, zivile Minensuchteams mit entsprechen-

den Karten auszustatten. Die Situation stellt sich natürlich ganz anders dar, wenn wir nach Afghanistan schauen. Dort hat übrigens das von den Sowjets installierte Regime die Minenkarten tatsächlich freigegeben. In diesem Fall lauten die Schlagzeilen: „Tödliche Hinterlassenschaft der Sowjets für die Afghanen“.

Im Mai 1986 veröffentlichte der entlassene kubanische Strafgefangene Armando Valladares seine Memoiren. Washington Post und New York Times sahen dies als „definitiven Bericht über das umfassende Foltersystem Castros“. Hier ist die Rede davon, was einem Einzelnen passierte.

(Räumen wir ein, dass alles wahr ist, was er sagt.)

Er wurde in einer Feierstunde im Weissen Haus gelobt. Um dieselbe Zeit herum wurden überlebende Mitglieder der Menschenrechtsgruppe El Salvadors verhaftet und gefoltert, auch Herbert Anaya, ihr Leiter. Da die Inhaftierten von Beruf Anwälte waren, nahmen sie 430 eidesstattliche Erklärungen der anderen Häftlinge auf, in denen die erlittenen Folterungen geschildert wurden, die in einem Fall sogar ein US-Hauptmann direkt ausgeführt hatte. All diese Beweise wurden zusammen mit einem Zeugenaussagen-Video aus dem Gefängnis geschmuggelt. Die US-Presse weigerte sich, darüber zu berichten. Über Anayas Todesumstände liegen wenig Informationen vor...

Als irakische Marschflugkörper auf israelischem Gebiet einschlugen, da gab es in der US-amerikanischen Presse keinen Beifall. Warum gab es keinen Beifall? Schliesslich waren Saddams Argumente nicht schlechter als die von George Bush. Saddam Hussein sagt, er könne die Annektierung Libanons durch Israel nicht dulden. Sanktionen wirken nicht, weil die USA dagegen ihr Veto einlegen. Verhandlungen bleiben aussichtslos, weil die USA sie blockieren. Bleibt da nicht nur noch die Gewalt? Dieses Argument kommt uns bekannt vor, weil es auch Bush [sen.] in Kuwait vortrug. Aber Saddam kann wahrheitsgemäss behaupten, dass Sanktionen und Verhandlungen nichts bewirkt haben, während George Bush genau das nicht behaupten kann. Bushs Sanktionen hatten bereits gegriffen, und Verhandlungen hätten zum Erfolg führen können, wenn er sie energisch betrieben und nicht einfach abgelehnt hätte.

Fand sich in der Presse darauf irgendein Hinweis?